



Fusion – Fragen und Antworten

Die Fusionsinitiativen werfen viele Fragen auf. Einige davon, die für unsere Politik vorrangig sind, erörtern wir an dieser Stelle. Der politische Fahrplan (s. Kasten) zwingt die SP ebenfalls zur Stellungnahme. Als Anregung dazu vier Positionen von GenossInnen aus Stadt und Land (s. Seite 10).

Bringt eine Fusion wirklich mehr als nur Leerlauf?

Die Zusammenarbeit der beiden Kantone in der bisherigen Form von Staatsverträgen ist heute an eine Grenze gelangt. Kleinliche Widerstände behindern weitsichtiges Planen und Realisieren von zukunftssträchtigen Lösungen im Verkehrsbereich, in der Raumplanung, aber auch in der Zusammenarbeit von Institutionen. Der Leerlauf besteht im heutigen System mit Doppelstrukturen.

Eine neue, gemeinsame Verfassung kann hier nicht bloss Entschlackung bringen, sondern auch neue Impulse setzen. Verfassungsprozesse haben es an sich, dass sie Aufbruchsgestalt schaffen, Innovation fördern und die Rahmenbedingungen verbessern. Das haben wir in unserer Region angesichts der globalen Herausforderungen nötig.

Welche politischen Mehrheiten bringt ein neuer Kanton?

Selbstverständlich lässt sich da nichts mit Gewissheit voraussagen. Doch einen politischen Erdbeben dürfte die Fusion nicht auslösen. Wenn wir von den Nationalratsergebnissen von 2011 ausgehen, ergeben sich – ohne Berücksichtigung von Listenverbindungen – kleinere Verschiebungen. Die SP würde im geeinten Kanton die vier Sitze behalten, die sie heute in BL und BS zusammen hat. Die SVP könnte einen vierten Sitz gewinnen. Auch die Grünen würden zulegen und einen zweiten Sitz dazu erhalten, während die CVP und die FDP je einen verlieren würden. Werden Listenverbindungen einbezogen, so verändert sich das Bild tendenziell zugunsten der kleineren Mitteparteien, die zu-



Fusion: Wohin mit dem Grenzstein?

sammengefasst dem linken oder dem rechten Lager einen Sitz abspenstig machen könnten.

Noch weniger voraussagen lässt sich eine Auswirkung auf Majorzwahlen. Beim Ständerat käme es möglicherweise dazu, dass die beiden Sitze auf die beiden grossen politischen Lager der Linken und der Rechten aufgeteilt würden. Etwas Wichtiges dürfen wir nicht ausblenden:

Kommt die Kantonsfusion zustande, entsteht gleichzeitig auch eine neue Stadtgemeinde mit einer linken Mehrheit und mit einer starken Ausstrahlung auf die politische Kultur des neuen Kantons.

Wie steht es mit sozialpolitischen Errungenschaften?

Im Bereich der Sozialpolitik braucht es bei einer Fusion deutliche Anpassungen, da der Stadtkanton in einigen Belangen sozialer tickt als das Land. Die Frage drängt sich auf, ob ein Abbau zu befürchten sei. Ein Blick auf die Totalrevisionen der letzten Jahrzehnte zeigt, dass Verfassungsrevisionen jeweils eine Dynamik entwickeln, die sozialen Rechte und Leistungen auszubauen und zu verstärken. Es ist also nicht zu befürchten, dass der Verfassungsrat zum Abbau von sozialpolitischen Errungenschaften schreiten wird. Im Gegenteil.

Nicht nur in Bezug auf den Ausbau des Sozialstaats bietet die Fusion Chancen. Durch die Angleichung der sozialpolitischen Standards wird sie auch dazu beitragen, dass sich die Sozialkosten gerechter auf die verschiedenen Gemeinden verteilen und die Zentrumslasten besser aufgeteilt werden können.

Bestimmen dann die BewohnerInnen von Tecknau darüber, ob die Basler Innenstadt autofrei wird?

Ein Ergebnis der Kantonsfusion wird es sein, dass eine starke Basler Stadtgemeinde mit eigener Stadtregierung und klar festgelegten eigenen Kompetenzen entsteht. Dadurch werden im neuen Kanton die Kompetenzen der Gemeinden generell neu zu regeln sein. Und zwar in Richtung einer stärkeren Selbständigkeit und mehr Zuständigkeiten. Der neue Kanton wird deshalb weniger zentralistisch sein, als es die beiden bisherigen sind. Und das ist gut so. Weil dann die Stadtgemeinde Basel selber darüber entscheiden kann, ob sie autofrei wird, Tecknau darüber, ob Tempo 30 eingeführt wird.

FUSIONSINITIATIVEN

Die Initiativen für eine Kantonsfusion sind vor einem Jahr eingereicht worden. Sowohl die SP Basel-Stadt als auch die SP Baselland haben sich an besonderen Parteitag bereits positiv zu den Initiativen geäußert, freilich noch keine offizielle Parole gefasst. Derzeit befinden sich die Initiativen in beiden Kantonen im parlamentarischen Prozess. Die rechtliche Gültigkeitserklärung ist erfolgt. Vermutlich noch vor der

Sommerpause werden die Parlamente, nach erfolgten Kommissionsberatungen, politisch dazu Stellung nehmen. Die Volksabstimmung dürfte noch diesen Herbst stattfinden, vermutlich im November, möglicherweise aber schon im September 2014. Die beiden SP-Kantonalparteien werden ihre Parolen dazu noch vor den Sommerferien fassen.



Ruedi Brassel ist Landrat und Gemeinderat in Pratteln



HANNES SCHWEIZER

Landrat BL, SP Bezirk Waldenburg

Wie erlebst Du die heutige Situation BL/BS?

Die beiden Kantone, die in den Bereichen Bildung, Kultur, Wirtschaft und Verkehr hervorragend zusammenarbeiten, haben es verpasst, zusammen eine bedarfsorientierte Spitalplanung zu realisieren. Ebenso unverständlich, dass eine Zusammenlegung der beiden kantonalen Laboratorien und statistischen Ämter in beiden Parlamenten abgelehnt wurde und sich sogar die beiden Tourismusorganisationen gegen eine Fusion sträuben.

Was sind aus Deiner Sicht die Risiken eines Fusionsprozesses?

Der ganze Prozess einer Fusion würde die Politik 10 bis 15 Jahre absorbieren. Damit würden wichtige Herausforderungen und Aufgaben schubladisiert. Ziel einer Fusion ist, mit weniger Personal die gleichen oder sogar mehr Leistungen zu erbringen. In einem Betrieb, dessen Ausgaben zu über zwei Dritteln aus Löhnen bestehen, heisst das Stellenabbau. Fusionsbefürwortende Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände erwarten eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes, sprich Steuerentlastungen. Ich werte den Föderalismus höher als ökonomisches Denken. Fazit: Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis.

Wo siehst Du die Chancen des Fusionsprozesses?

Auch nach langem Überlegen ist mir nichts eingefallen!



KERSTIN WENK

Grossrätin, SP Clara-Wettstein-Hirzbrunnen

Wie erlebst Du die heutige Situation BL/BS?

Viele politische Entscheidungen werden vom Kanton Baselland abhängig gemacht. Dies finde ich sehr schwierig, denn wir zahlen in Basel-Stadt Steuern und dies nicht zu knapp. Wir können dann vieles nicht so umsetzen, wie wir das gerne würden, da sich Baselland finanziell zwar nicht daran beteiligen möchte, aber trotzdem von den Leistungen profitiert. Auf der andern Seite habe ich oft das Gefühl, dass unsere Regierung Entscheidungen, die sie nicht fällen möchte, auch absichtlich mit dieser Abhängigkeit vom Kanton Baselland verknüpft, denn so erledigt sich die eine oder andere Idee von selber.

Was sind aus deiner Sicht die Risiken eines Fusionsprozesses?

Politisch kann es zu einem Rutsch nach rechts kommen, und wir würden den Konflikt zwischen Stadt und Land allenfalls noch viel stärker zu spüren bekommen als jetzt. Viele uns lieb gewordene Errungenschaften wären gefährdet oder müssten gar aufgegeben werden.

Wo siehst du die Chancen des Fusionsprozesses?

Die Stadt könnte sich in jeder Beziehung entwickeln und könnte von Grund auf besser geplant werden. Raum- und Zonenplanung würden eine ganz neue Dimension erhalten. Die Zentrumslast könnte auch breiter und gerechter verteilt werden.



SAMIRA MARTI

Co-Präsidentin JUSO BL, SP Liestal

Wie erlebst Du die heutige Situation BL/BS?

Es herrschen grosse Unsicherheiten: Was bedeutet es, eine Baselbieterin zu sein? Sind kulturelle Differenzen Hürden für eine Fusion? Momentan blockieren sich BL & BS gegenseitig: Zweigleisig Entscheide für eine einzige Region zu treffen, ist unsinnig. Offenbar fühlen sich jedoch gewisse Kreise ihrer Identität beraubt und argumentieren mit kulturellen Differenzen gegen die Wiedervereinigung. Das bedaure ich, ist doch Homogenität in unserer Region weder vorhanden noch wünschenswert.

Was sind aus Deiner Sicht die Risiken eines Fusionsprozesses?

Wichtig ist, dass wir bei der Fusion im Interesse der Menschen verhandeln und nicht nur die Wünsche der Wirtschaft berücksichtigen. Wir müssen gute Aufklärungsarbeit leisten, damit sich Vorurteile zwischen Oberbaselbiet und BS legen und die Bevölkerung hinter dem Prozess steht.

Wo siehst Du die Chancen des Fusionsprozesses?

Die Fusion ist die politische Konsequenz, um den veränderten Lebensrealitäten der Region gerecht zu werden. Wir leben heute mit einem riesigen Demokratiedefizit: Wohn- und Arbeitsort liegen oft nicht im gleichen Kanton. Aufgrund der heutigen Mobilität und steigenden Vernetzung müssen wir gemeinsam diskutieren, Prioritäten setzen und Entscheidungen zusammen tragen und finanzieren.



TIM CUÉNOD

Präsident SP Gundeldingen-Bruderholz

Wie erlebst Du die heutige Situation BL/BS?

Es gibt Unmengen an Verträgen zwischen BS und BL. Die Zusammenarbeit ist in manchen Bereichen besser geworden (vor allem in der Bildungspolitik), aber die Trennung beider Kantone verursacht hohe Kosten, da die divergierenden Interessen der beiden Teilkantone heute zum Beispiel eine sinnvolle Raumplanung oder Spitalplanung erschweren und zum Teil verunmöglichen.

Was sind aus Deiner Sicht die Risiken eines Fusionsprozesses?

Rot-Grün wird wohl im fusionierten Kanton Basel mit nicht viel mehr als 40 Prozent der Stimmen klar in der Minderheit sein. Trotz neuer linker Stadtgemeinde würde eine Kantonsfusion für die Linke in BS zu einem Machtverlust führen. Das hätte in der Stadt schon negative Folgen. Drohen würde z.B. der Abbau einiger Sozialleistungen und der Bau neuer Parkhäuser.

Wo siehst Du die Chancen des Fusionsprozesses?

In vielen Bereichen könnte man durch einen ganzheitlichen Blick und gemeinsame Planung bessere Ergebnisse erzielen. Ganz klar könnte man viele Doppelspurigkeiten in der Verwaltung und bei den Spitälern abbauen, Verkehrsbetriebe und Kantonalbanken zusammenlegen und durch gemeinsame kantonale Steuern den ruinösen Steuerwettbewerb zwischen Stadt und Land einschränken.

Nachruf auf Jacqueline Halder-Perrenoud

Jacqueline Halder-Perrenoud ist nicht mehr. Am 16. Februar ist ein Leben im 69. Lebensjahr zu Ende gegangen, das in eindrücklicher Weise dem Engagement für den Schutz von Natur und Leben in allen Formen gewidmet gewesen ist. Aufgewachsen in Klingnau, Mollis und Bern, hat Jacqueline Halder nach dem Abschluss des propädeutischen Studiums der Medizin in Basel ins Fach der Biologie gewechselt und dieses Studium bei Adolf Portmann abgeschlossen. Beruflich war sie anfänglich bei der Hoffmann-La Roche im Bereich der Toxikologie tätig. Nach der Heirat mit Ueli Halder und der Geburt ihrer zwei Söhne hat sie auf einen Wiedereinstieg in den Beruf verzichtet, nicht zuletzt, weil ihr der Umgang mit Tiersuchen zu schaffen machte. Dafür hat sie sich umso mehr in ihrer nächsten Umgebung engagiert. Zuerst im Verein für einen Robinson-Spielplatz, bald schon in der SP Allschwil, die sie viele Jahre präsidiert hat. In ihrer Wahlheimat setzte sie sich auch stark für eine naturgerechte Nutzung des Ziegeleiareals ein. Mitte der 1980er-Jahre wurde sie in den Einwohnererrat gewählt, den sie dann 1996 präsidierte.

Vorher schon war sie im Januar 1992 in den Baselbieter Landrat nachgerückt, dem sie während vier Amtsperioden bis ins Jahr 2007 angehörte. Auch hier galt ihr Engagement



vornehmlich dem Schutz von Natur und Umwelt, insbesondere während ihrer zwölfjährigen Mitwirkung in der Umweltschutz- und Energiekommission, die sie acht Jahre lang auch umsichtig präsidierte. Einen besonderen Stellenwert unter ihren Vorstössen haben

jene zu den Altlasten-Deponien und der Trinkwasserbelastung – eine Problematik, auf die sie schon vor zwei Jahrzehnten nachdrücklich aufmerksam gemacht hat. Dank ihrem ebenso engagierten wie warmherzigen Auftreten und Argumentieren ist es Jacqueline Halder immer wieder gelungen, ihr Gegenüber zu überzeugen und bisweilen sogar politische Gegner für ihre Anliegen zu gewinnen. Jacqueline Halder hat dabei nie die grosse Bühne gesucht. In persönlicher Zurückhaltung hat sie eher im Hintergrund gewirkt. So auch während der letzten fast fünfzehn Jahre als Präsidentin des WWF Region Basel. Ihr Einsatz galt aber auch dem Wohl behinderter Menschen, als Präsidentin des Allschwiler Augustin-Hauses, im Vorstand von Insieme Baselland und im Stiftungsrat der Stiftung Adulta.

Daneben ist Jacqueline Halder immer auch Familienfrau gewesen. Die Hoffnungen, den Lebensabend gemeinsam mit ihrem Mann geniessen zu können, wurden von einem hartnäckigen Krebsleiden hart durchkreuzt. Dankbar für das Engagement von Jacqueline Halder und traurig über den Verlust einer liebenswerten Weggefährtin sind unsere Gedanken bei Ueli Halder und seiner Familie.

Ruedi Brassel

BLPK: Poker und Schacherei

Eigentlich geht es darum, dass der Kanton und die Gemeinden die Pensionskasse ihrer Mitarbeitenden sanieren müssen. Eine Pflicht für verantwortungsbewusste Arbeitgeber. Weil die Regierung ursprünglich einen Vorschlag gemacht hat, der die Gemeinden für 40 Jahre zu Zinsen und Amortisationen von jährlich 3 Prozent verpflichtet hätte, haben die Gemeinden eine Initiative lanciert, mit der sie dem Kanton gleich die ganze Finanzierung aufbürden wollten. 870 Mio. Franken würde das den Kanton zusätzlich kosten und die Gemeinden wären ihrer Arbeitgeberpflicht ledig!

Klar, dass das nicht in Frage kommen kann. Aber die Initiative steht im Raum und die Gemeinden rüsteten sich, mit Steuergeldern notabene, für sie einen Abstimmungskampf zu führen.

Das Spiel ist absurd. Die Gemeinden wollen – nicht nur mit der Charta von Muttenz – mehr Autonomie und Gewicht. Das Paradox ist: Mit der Initiative erlangen sie mehr Gewicht, indem sie sich selbst entlasten und dem Kanton die Last aufbürden. Die Folgen wären noch weit grössere Gleichgewichtsprobleme auf bei-

den Seiten, als wir sie jetzt schon haben. Und nicht nur finanzielle, sondern wohl bald auch staatspolitische.

Die Gefahr wäre gross, dass der Kanton diese Abstimmung verlieren würde. Deshalb haben wir uns in der Finanzkommission und im Landrat für eine Lösung eingesetzt, welche die Gemeinden zwar entlastet, dem Kanton aber «nur» 276 Mio. Franken Mehrkosten verursacht. Die SP-Fraktion war der Ansicht, dass es angebracht ist, den Gemeinden noch einen Schritt mehr entgegenzukommen. Nicht um das unwürdige Verhandlungsspiel zu belohnen, das mit der Initiative betrieben wird. Nein: Es gilt in erster Linie Rücksicht zu nehmen auf jene, die die Zeche eben wirklich bezahlen: die Steuerzahlenden. Für sie kommt es auf dasselbe heraus, ob ihre Gemeindesteuer oder die Staatssteuer für die Sanierung der BLPK eingesetzt wird. Mit einem Unterschied: Sie sind nicht daran interessiert, dass auch noch ein Abstimmungskampf auf ihre Kosten finanziert wird.

Ruedi Brassel

AGENDA SP BASELLAND

Mittwoch, 19. März, ca. 16 bis ca. 21 Uhr

SP Frauen: Bundeshausbesuch

Besuch einer Parlamentssitzung, Apéro und Austausch mit Susanne Leutenegger Oberholzer

Mittwoch, 19. März, 19.30 Uhr

Sektionskonferenz

Bildungszentrum NSH, Basel

Donnerstag, 20. März, 20 Uhr

Podiumsgespräch zur Kantonsfusion

Pro: Kathrin Amacker, Peter Schmid-Scheibler;
Contra: Caroline Mall, Jonathan Schwenter
Aula Burggartenschulhaus (unmittelbar neben Schloss Bottmingen)

Samstag, 5. April, 13.30 bis ca. 17.30 Uhr

Geschäftsdelegiertenversammlung (GDV)

Mehrzweckhalle Domplatzschulhaus,
Arlesheim

Grossrätlicher Krimi um die Bodeninitiative

Die Bodeninitiative «Boden behalten – Basel gestalten» forderte die grundsätzliche Unveräusserlichkeit staatlichen Bodens und dessen Abgabe im Baurecht. Für die aktive Bodenpolitik sollte der prall gefüllte Mehrwertabgabefonds verwendet werden. Der Regierungsrat konnte dies zum Teil unterstützen und hat das Verkaufsverbot in einen Gegenvorschlag gefasst. Den Mehrwertabgabefonds wollte die Regierung jedoch nicht anrühren.

In der Vorberatung der Bau- und Raumplanungskommission hat sich ein Graben aufgetan. Mit der knappstmöglichen Mehrheit

von 7:6 verwarf die bürgerliche Seite inkl. GLP sogar den regierungsrätlichen Gegenvorschlag.

Im Grossen Rat begann die Debatte über die Initiative am 11. Dezember 2013 um 16.30 Uhr. Die links-grüne Grossratsseite hätte bei einer Abstimmung eine Mehrheit gehabt. Die bürgerliche Seite wandte mit inhaltsleeren Voten und Zwischenfragen eine eigentliche Filibuster-Taktik an. Da um 18 Uhr das Geschäft nicht zu Ende beraten war, wurde von der SP-Fraktion Antrag auf Verlängerung der Sitzung gestellt. Diese Abstimmung endete 45:45. Grossratspräsident C. Cramer gab den

Stichentscheid für Abbruch der Sitzung. Die Debatte ging dann mit besserer bürgerlicher Präsenz eine Woche später weiter. Mit 47:46 wurde die Initiative knapp zur Verwerfung empfohlen.

Die Initianten haben statt eines teuren Abstimmungskampfes mit ungewissem Ausgang die Initiative zurückgezogen. Zugleich wurde die «neue Bodeninitiative» lanciert. Diese übernimmt den regierungsrätlichen Gegenvorschlag. Die Regierung ist so ungewollt zur Initiantin der neuen Bodeninitiative geworden! Die Initiative sieht vor, dass staatliche Immobilien grundsätzlich nicht veräussert

werden dürfen. Das Tafelsilber kann so nicht verscherbelt werden, und der Kanton hat auch in Zukunft Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Die neue Bodeninitiative ist äusserst breit abgestützt. Damit sollte garantiert sein, dass dem sinnvollen regierungsrätlichen Gegenvorschlag trotz bürgerlichem Sperrfeuer zum Durchbruch verholfen wird.



René Brigger
Grossrat SP Basel-Stadt

Rhetorik-Workshop für SP-Frauen



Toya Krummenacher

Als direkte Fortsetzung unserer ersten Veranstaltung «Reden in Gremien» vom August 2013 bietet die SP Frauen Basel-Stadt während diesem Jahr eine kleine Weiterbildungsreihe an. Unter dem Titel «Überzeugend referieren – argumentieren – replizieren» luden wir Anfang Februar zu einem Workshop zur Kunst der politischen Kommunikation ein.

Viele Frauen fühlen sich in öffentlichen politischen Diskussionen unsicher, wie sie sich Gehör verschaffen und ihren Standpunkt mit überzeugenden Argumenten einbringen können. Ziel war es, diese Schwellen durch Vermittlung des nötigen Wissens und Übung abzubauen. Unter der kompetenten Führung und Schulung von Ständerätin Anita Fetz erwarben die 27 anwesenden Frauen aus Basel-Stadt und Baselland Grundlagenwissen zur Redekunst.

Nach drei Stunden waren sich die Teilnehmerinnen einig: der Workshop hat die Erwartungen hundertprozentig erfüllt. Neben nützlichen Informationen, worauf Frau achten

sollte, konnte das Gelernte in kleinen Gruppen ausprobiert und gleich verbessert werden.

Mit effizienter Vorbereitung, zielorientierter Kommunikation und ihrer persönlichen verbalen Visitenkarte wird Frau in Zukunft sicher und fachkompetent an der nächsten politischen Debatte das Wort ergreifen und ihre Argumente schlagfertig einbringen.

Im Mai 2014 bereits folgt das zweite Angebot: Wie erarbeitet sich Frau ihr politisches Profil? Wie und wo soll sie ihre politischen Schwerpunkte setzen? Für den Herbst ist ein Medientraining für Frauen geplant. Genauere Informationen werden in den nächsten Wochen auf der Homepage der SP Basel-Stadt und der SP Frauen Basel-Stadt publiziert.



Dominique König-Lüdin
Grossrätin SP und Kerngruppe SP Frauen
Basel-Stadt

AGENDA SP BASEL-STADT

Donnerstag, 27. Februar
Delegiertenversammlung
Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Donnerstag, 20. März
Delegiertenversammlung
Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Montag, 24. März
Parteivorstand
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Mittwoch, 2. April
Jahresversammlung
Volkshaus, Unionssaal, 19.30 Uhr